

Begriffe verstehen. Zahlen beurteilen. Zusammenhänge erkennen.

Das Wirtschaftslexikon

bietet Antworten auf fast alle wichtigen Fragen aus Wirtschaft und Wirtschaftsnachrichten. Begriffe und Zusammenhänge des Wirtschaftslebens werden kurz und präzise erklärt – z. B. eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, das Zentralbankensystem oder die Globalisierung, wirtschaftspolitische Schlagwörter wie Beschäftigungspolitik, Hartz IV und Agenda 2010. Aktuelle Statistiken veranschaulichen den Wirtschaftsprozess mit Zahlen und Daten. Zeitleisten zur wirtschaftspolitischen Geschichte Westdeutschlands, der DDR und der Globalisierung bieten einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse der letzten 60 Jahre.

Mit aktuellen Begriffen zur Finanzkrise wie »Bad Bank«, »Rettungspaket«, »Konjunkturprogramm«, »Abwrackprämie«. Über 1.400 Stichwörter, 70 Tabellen, Schaubilder und Karten, ein umfangreicher Serviceteil mit Internetlinks und Zeittafeln zur deutschen Wirtschaftsgeschichte.



www.dietz-verlag.de/0371

Volker Happe / Gustav Horn / Kim Otto
Das Wirtschaftslexikon
Begriffe. Zahlen. Zusammenhänge

336 S., Broschur
18,80 Euro
ISBN 978-3-8012-0371-9

www.dietz-verlag.de



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn
Tel. 0228/23 80 83 – Fax 0228/23 41 04 – info@dietz-verlag.de

Christine Bauhardt

Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit Probleme lokaler und globaler Governance am Beispiel Wasser

Das Thema dieses Beitrags steht im Kontext meiner Forschungen zum Zusammenhang von nachhaltiger Entwicklung und Geschlechterverhältnissen in einer globalen Perspektive. Als Politikwissenschaftlerin interessieren mich dabei insbesondere Fragen nach der politischen Gestaltung von gesellschaftlichen Prozessen. Mit dem Konzept der Ressourcenpolitik fasse ich den Zugang zu Ressourcen, die Nutzung von Ressourcen und die politische Gestaltung des Umgangs mit Ressourcen. Ausgangspunkt meines Beitrages ist die These, dass die aktuelle Umwelt- und Klimadebatte maßgeblich zur Verfestigung von ökonomischer und sozialer Ungleichheit in den Geschlechterverhältnissen beiträgt und dass hegemoniale Konzepte zur Integration einer Gender-Perspektive nicht dazu geeignet sind, diese Ungleichheiten aufzulösen, sondern sie eher noch verstärken. Am Beispiel des Wasserressourcenmanagements werde ich dies konkret verdeutlichen. Die Frage, die sich daran anschließt, ist die nach einer herrschaftskritischen und geschlechtergerechten Ressourcenpolitik. Ich werde diese im Rückgriff auf ein feministisches Nachhaltigkeitsverständnis im Sinne von *Sustainable Livelihood* entwickeln.

1. Von CO₂-Äquivalenten und einer neuen Mondmission

Die Umweltthematik hat in der jüngsten Vergangenheit eine verstärkte politische und publizistische Aufmerksamkeit erfahren. Unter dem Stichwort „Klimawandel“ haben umweltbezogene Themen neuen Aufwind bekommen. Allerdings muss man fragen, ob es tatsächlich diejenigen Themen sind, die die Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung seit Jahren vom wissenschaftlichen und politischen Mainstream quasi unbeachtet bearbeitet, die nun im Zentrum der Debatte stehen. Oder wurde mit dem Stichwort „Klimawandel“ möglicherweise eine Chiffre gefunden, um diese hoch konfliktgeladenen und unpopulären Themenfelder elegant zu umgehen? Zunächst einige Stichworte zu den Themen, die in der Klimadebatte Konjunktur haben:

1.1 Treibhausgase und Klimaerwärmung

Die Debatte um den Klimawandel wird vor allem mit der Forderung verbunden, den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ zu reduzieren, damit die globale Erwärmung unterhalb von 2° Celsius im Verhältnis zum vorindustriellen Niveau bleibt. Zum Vergleich: Heute liegen die Durchschnittstemperaturen etwa 0,8°C über denen der vorindustriellen Zeit (Meinshausen 2008: 19). Eine Reihe von internationalen Abkommen regelt diese Begrenzung der Emissionen. Die wichtigsten sind die Klimarahmenkonvention, die beim UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verhandelt wurde, und das zugehörige Kyoto-Protokoll, das 1997 beschlossen wurde, 2005 in Kraft trat und 2012 auslaufen wird.

Um die 2°-Grenze der Erderwärmung nicht zu überschreiten, müssen die CO₂-Emissionen im Bereich von 400ppm CO₂-Äquivalent pro Kopf oder darunter stabilisiert werden. Das bedeutet, dass die weltweiten Emissionen bis 2050 um 50% gesenkt werden müssen und der globale Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen um 70% zu reduzieren ist (ebd.). Der derzeitige globale Durchschnittswert der Pro-Kopf-Emissionen von 5,6 t CO₂-Äquivalent müsste dafür auf etwa 1,1 bis 1,4 t CO₂-Äquivalent pro Kopf gesenkt werden (Höhne 2008).

Die Autoren solcher Berechnungen erkennen mehr oder weniger explizit an, dass diese gesetzten Werte nicht so absolut sind wie sie erscheinen. Die beiden hier genannten Autoren zum Beispiel schwanken bei der Bewertung von Reduktionszielen: Während Meinshausen das Niveau von 400ppm CO₂-Äquivalent oder darunter ansetzt, damit die 2°C-Grenze gehalten werden kann, hält Höhne 450ppm für eine „relativ strikte langfristige Zielsetzung“ (Höhne 2008: 35).

In neuere Berechnungsmodelle wird ebenfalls mit einbezogen, dass der globale Durchschnittswert an Pro-Kopf-Emissionen über die realen Emissionen und damit den Energieverbrauch im globalen Norden sowie in den Schwellenländern und in den am wenigsten industrialisierten Ländern des Südens wenig Relevantes aussagt. Immerhin eignet sich gut ein Viertel der Weltbevölkerung etwa drei Viertel der globalen Ressourcen an. Darüber hinaus weisen die Pro-Kopf-Verbräuche enorme Diskrepanzen auf zwischen den Wohlstandskonsumenten des Nordens und zunehmend auch der Industrieländer des Südens und den Armen in den jeweiligen Ländern und weltweit (Santarius 2008). Auch die 2°C-Grenze im Vergleich zum vorindustriellen Niveau ist keine absolute und natürliche, sondern eine normative Setzung, auf die sich die Staaten der multilateralen Klimapolitik in den Verhandlungen seit den neunziger Jahren geeinigt haben (AG Soziale Ökologie/BUKO 2008).

Insgesamt sind diese Zahlenspiele der Tatsache geschuldet, dass die Diskussion um Klimawandel und Erderwärmung von naturwissenschaftlichen Zugängen und Methoden dominiert wird. Die Zahlen suggerieren einerseits wissenschaftliche Objektivität, andererseits geben sie immer wieder Anlass zu neuen Be-

rechnungen, aktualisierten Daten oder kontroversen Einschätzungen: Wie viel CO₂-Äquivalent muss nun genau reduziert werden und bis wann? Diese technokratische Orientierung dient einer wissenschaftlichen Gemeinschaft zur Legitimationsbeschaffung ihrer selbst und ihrer Forschungsinfrastrukturen, um eine hegemoniale Perspektive, einen „grünen Imperialismus“ (Brú Bistuer/Aguëra Cabo 2004: 212), aufrecht zu erhalten. Irmgard Schultz hat schon 1996 in einem pointierten Aufsatz „Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen“ kritisiert (Schultz 1996). Die vorgebliche Objektivität der Zahlen erscheint als absolut und unhinterfragbar, sie unterstellt Berechenbarkeit in einem äußerst komplexen Denk- und Handlungszusammenhang – denn es geht ja um nicht weniger als um das globale Ganze.

1.2 Handlungsdruck für die Zukunft des Planeten

Schaut man sich die einschlägigen Publikationen an und hört die entsprechenden politischen Verlautbarungen, dann dominiert dort die Rhetorik des sofortigen Handlungsdrucks. Formulierungen wie „Die Menschheit befindet sich an einem Scheideweg“ (Ott 2008: 9) suggerieren den akut bevorstehenden Weltuntergang hinter der nächsten Weggabelung. Um ihn zu verhindern wird ein „weltweiter Apollo-Plan“ gefordert, also ein dem Weltraumprogramm der NASA zur Eroberung des Mondes vergleichbarer finanzieller und intellektueller Kraftakt. „Das klingt pathetisch, aber wir sind wahrlich in einer Situation, in der wir uns solchen [sic] Pathos leisten müssen“, so wird Hans Joachim Schellnhuber, Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und wissenschaftlicher Chefberater der Bundesregierung in Fragen des Klimawandels und der internationalen Klimapolitik, im *Tagesspiegel* vom Oktober 2007 zitiert.

Können diese mit Weltuntergangsstimmung unterlegten Bedrohungsszenarien tatsächlich politische Handlungsfähigkeit erzeugen? Oder führen sie nicht eher zu Fatalismus bei denjenigen politischen und sozialen Akteuren, die zur Reduktion von Treibhausgasen ihre Entscheidungen, seien es nun Investitionsentscheidungen oder alltägliche Verhaltensentscheidungen, tatsächlich drastisch verändern müssten? Die regelmäßige Wiederholung des bevorstehenden Weltuntergangs, das bereits vom Club of Rome Anfang der siebziger Jahre prognostiziert wurde, wirkt ähnlich abstrakt wie die Zahlenspiele der naturwissenschaftlichen Klimaforschung. Seit dem Erscheinen der „Grenzen des Wachstums“ (Meadows/Meadows 1972) haben sich Indien, China und Brasilien in damals unvorstellbarer Weise industrialisiert und sind zu globalen Wirtschaftsakteuren aufgestiegen, die den Industrieländern des Nordens in ihrem aktuellen Emissionsausstoß in nichts nachstehen. Ganz fatalistisch könnte man ein Liedchen anstimmen: Davon ging die Welt nicht unter...

Der Abstraktionsgrad auf der Maßstabebene des Globus einerseits und die konkreten Entscheidungen und kleinmaßstäblichen Handlungen im Alltag

andererseits reproduzieren die Geschlechterhierarchie, nach der das Große und Allgemeine symbolische Männlichkeit impliziert und das Kleine, Konkrete und Alltägliche symbolische Weiblichkeit. Dies wird im globalen Umweltdiskurs durchaus auch bildlich und real fassbar. Fotos von Frauen, die in überfluteten Regionen knietief im Wasser stehen oder in Dürregebieten Wasserkübel über weite Strecken auf dem Kopf transportieren, sind Ikonen zur Bebilderung der Katastrophe geworden. Auch der aktuelle Weltentwicklungsbericht der Weltbank beginnt mit einer solchen Ikone, wenn es dort im ersten Abschnitt heißt: „An African woman bent under the sun, weeding sorghum in an arid field with a hoe, a child strapped on her back – a vivid image of rural poverty. For her large family and millions like her, the meagre bounty of subsistence farming is the only chance to survive“ (Weltbank 2007: 1).

Und in der Tat sind es Frauen gerade in den am wenigsten industrialisierten Ländern, die von den Folgen der globalen Erwärmung am stärksten betroffen sind (vgl. z.B. Masika 2002). In landwirtschaftlich geprägten Ökonomien sind immer häufiger wiederkehrende Dürren oder Überflutungen besonders dramatisch, und in vielen Weltregionen hängen die Existenzbedingungen der Armutsbevölkerung von der Überlebensökonomie der Frauen ab. Allerdings bedienen die Ikonen der weiblichen Armut mehr das Stereotyp der „Unterentwicklung“ als dass eine Geschlechterperspektive in die Politikgestaltung im globalen Maßstab eingezogen würde. Es steht zu befürchten, dass dazu aufgrund des drohenden Weltuntergangs keine Zeit mehr bleibt.

1.3 Naturwissenschaftlich-technische Innovationen

Um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden, suchen vor allem die Energiekonzerne wie BP, Vattenfall und RWE, aber auch die erdölexportierenden Länder der OPEC nach technischen Lösungen, um CO₂ sowohl bei der Förderung z.B. von Öl und Erdgas als auch bei der Erzeugung von Kohlestrom zu reduzieren. Dazu wird an Technologien zur CO₂-Abscheidung und -speicherung, dem sog. CCS (Carbon Capture and Storage), gearbeitet. Die Grundidee dabei ist, das CO₂, das beispielsweise bei der Förderung von Erdgas frei wird, nicht in die Erdatmosphäre zu entlassen, sondern in geologischen Formationen wie entleerten Öl- und Gasfeldern oder in den Ozeanen zu speichern. Auch Ölfelder, in denen noch Öl gefördert wird, können damit besser ausgebeutet werden (vgl. Supersberger u.a. 2008). Relevant ist diese Technologie vor allem für die Entwicklung Chinas, dessen Energiebedarf weiterhin drastisch steigt, wenn die chinesische Wirtschaft auch zukünftig um jährlich 6 Prozent wächst. Aber auch andere Staaten wie Indien, Japan, Australien und die USA erhoffen sich von dieser Technologie eine Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen. Auch die EU fördert CCS als ein Instrument neben anderen im Kampf gegen den Klimawandel (vgl. ebd.). Erwartet wird davon, dass auch langfristig weiterhin Kohle zur Energiegewinnung eingesetzt werden

kann, sei es in Kohlekraftwerken oder um Erdöl für den Transportsektor durch Kohleverflüssigung zu ersetzen.

Bezogen auf die Entwicklung neuer Technologien ist natürlich auch eine *alte* Technologie plötzlich wieder auf dem diskursiven Vormarsch, die Atomenergie. Ich werde hier nicht weiter auf Einzelheiten eingehen, aber dies scheint mir nur konsequent und in der Logik des technokratischen Ansatzes zu liegen, der vor allem in CO₂-Äquivalenten und CO₂-Minderungszielen denkt. Da wird auf einmal eine *menschen- und umweltfeindliche* Technologie zu einer *klimafreundlichen* Technologie erhoben, weil sie kein CO₂ emittiert. In eine vergleichbare Richtung geht die agrarwirtschaftliche Produktion von Treibstoffen als Ersatz für fossile Brennstoffe.

Von kritischen WissenschaftlerInnen und Umwelt-NGOs werden diese naturwissenschaftlich-technischen Ansätze ähnlich wie der Emissionshandel als Rettungsversuche des globalen Kapitalismus interpretiert (vgl. Altvater 2008, AG Soziale Ökologie/BUKO 2008). Diese Kritik braucht eine notwendige Ergänzung: Nicht nur das Kapital-, auch das Geschlechterverhältnis reproduziert sich in diesen technokratischen Visionen. Sie bauen auf einem von alltäglichen und konkreten Praxen abstrahierenden und von diesen völlig losgelösten Machbarkeitswahn auf, der die Phantasien des 18. Jahrhunderts von Analyse, Beherrschung und Unterwerfung der Natur auf eine neue globale Stufe hebt. Das aufgeklärte männliche Subjekt macht sich von neuem die Erde untertan.

1.4 Zwischenfazit I

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich möchte nicht in Frage stellen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen in unverantwortlicher Weise überausgebeutet und im Weltmaßstab zerstört werden. Die Umweltkrise ist eine globale Krise, und das Mensch-Natur-Verhältnis ist zutiefst gestört, was dramatische Konsequenzen besonders für diejenigen Menschen hat, deren Existenz in hohem Maße von den natürlichen Lebensbedingungen abhängt. Die Abstraktion der Zahlen bezogen auf CO₂-Reduktionsziele sind jedoch weit entfernt von den konkreten Lebensbedingungen der Menschen in Zeit und Raum. Wer kann sich schon etwas unter 400ppm CO₂-Äquivalent vorstellen? Diese Abstraktion impliziert einen Herrschaftsgestus und bestätigt das Machtgefälle zwischen verschiedenen Wissenssystemen und realen Handlungspraxen.

Der aktuelle Klimadiskurs hat möglicherweise eine neue Dimension im Vergleich zu früheren Bedrohungsszenarien, weil er den Blick darauf zu lenken versucht, dass nicht nur die gern zitierten Ärmsten der Armen die fatalen Konsequenzen der Erderwärmung zu tragen haben. Die zunehmenden klimatisch bedingten Wetterunsicherheiten im globalen Norden, die sich in häufiger auftretenden Hurrikans, unerwarteten Überschwemmungen oder trockenen und heißen Sommern äußern, werden als direkt erfahrbare Auswirkungen dafür angeführt, dass auch „wir“ und besonders „unser“ Wohlstand und „unsere“

sicher geglaubten Lebensgrundlagen im Kern bedroht sind. Die Katastrophe findet auch vor „unserer“ Haustüre statt und nicht irgendwo weit weg in Bangladesch oder in Mexiko.

Dennoch bleibt die Frage, ob abstrakte Untergangsszenarien zum Handeln animieren, wenn die seit Jahren angekündigte Katastrophe schon recht lange auf sich warten lässt. Der diskursiv erzeugte Handlungsdruck, jetzt und sofort die Welt retten zu müssen, läuft ins Leere, wenn politische Perspektiven durch Naturbeherrschungsphantasien oder durch neue Mondmissionen ersetzt werden. Männliches Pathos auf der einen Seite und weibliches Elend auf der anderen eignen sich nicht dazu, politische Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln.

2. Ressourcenmanagement global und lokal

Im globalen Diskurs zu Umwelt und Entwicklung ist das Konzept des integrierten Ressourcenmanagements weit verbreitet. Ich möchte dieses Konzept im Folgenden am Beispiel der Ressource Wasser illustrieren. Wasser ist deshalb ein gut geeigneter Fall, weil hier bereits seit einigen Jahren sowohl theoretisch als auch in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit eine Gender-Perspektive eingenommen wird. Wasser ist ein komplexes Thema, das verschiedene Ebenen umfasst, die darauf verweisen, dass Wasser ein vermittelndes Element im gesellschaftlichen Naturverhältnis ist. Es geht dabei um die AlltagsEbene derjenigen Menschen, die mit dem Wasser arbeiten, deren Lebensgrundlagen von der Verfügbarkeit von Wasser direkt abhängig sind, die Ebene der Machtverhältnisse zwischen globaler Umweltpolitik und lokalen Ressourcenkonflikten, Wasser als hochgradig gegenderte soziale und kulturelle Praxis, Wasser als ökonomisches Gut und Handelsware. Und natürlich Wasser, das mittels gigantischer Staudämme Energie liefern und landwirtschaftliche Produktion ermöglichen bzw. verbessern soll. Wasser ist ein Thema der globalen Umwelt- und Ressourcenpolitik, das im Klimadiskurs mit seiner Konzentration auf Kohlenstoff in seinen unterschiedlichen Aggregatzuständen völlig ausgeblendet wird, obwohl (oder vielleicht weil?) sich hier die ganze Verquickung von Konflikten, Praxen, Interessen und die Schwierigkeit einer von konkreten Lebensvollzügen abstrahierenden Perspektive zeigt.

Zum anderen dient mir dieser Abschnitt zur Erläuterung einer weiteren Kritik an Debattenbeiträgen zur Klimaforschung und Klimapolitik, die auf die Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis verweisen, ohne zu explizieren, was damit eigentlich gemeint ist und welche Konsequenzen daraus abzuleiten wären. Was heißt es konkret, wenn von den „Ungleichheiten und strukturellen Asymmetrien im Verhältnis (...) zwischen den Geschlechtern“ (Dietz/Brunnengräber 2008: 401) im Kontext der globalen Klimapolitik die Rede ist? Wie sind diese „genderspezifischen Ungleichheiten“ (ebd.: 402) konzipiert? Wenn es sich dabei nicht um eine rhetorische Floskel handeln soll, muss hier mehr a-

nalysische Arbeit geleistet werden als die unendliche Wiederholung der Klage, dass Frauen aus allen möglichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen seien (ebd.: 406). Was ist das anderes als die Reproduktion des Klischees von der „armen, benachteiligten und politisch irrelevanten Frau“? Geschlechtergerechtigkeit spielte keine Rolle im NAPA-Prozess (National Action Plan for Adaptation) in Tansania (ebd.: 414)? Sie spielt genauso wenig eine Rolle im Fazit des zitierten Aufsatzes zu den „Blindstellen der internationalen Klimapolitik“ (ebd.: 419).

Das Handlungs- und Politikfeld Wasser ist im hier diskutierten Zusammenhang auch deshalb besonders relevant, da Wasser als Quelle zur Energiegewinnung seit vielen Jahren immens bedeutsam ist – man denke nur an die Großstaudämme in Indien und China, die für die Bewässerungslandwirtschaft, aber allem voran für die Stromerzeugung dieser neuen Wirtschaftsgrößen zentral waren. Wasserkraft ist eine für den CO₂-Ausstoß nicht relevante Energiequelle, ihr Ausbau wird zum Beispiel von der Türkei massiv voran getrieben, ohne Rücksicht auf soziale, ökologische und kulturelle Verluste. Ich möchte das am Beispiel des Südostanatolien-Projekts (GAP) verdeutlichen. Dieses infrastrukturelle Großprojekt wird vom türkischen Staat als Vorzeigemodell für Nachhaltige Entwicklung propagiert – und, damit nicht genug, als Emanzipationsprojekt für Frauen (Ünver/Gupta 2003). So preisen diese beiden Autoren und Projektverantwortlichen das hoch umstrittene und von der ansässigen kurdischen Bevölkerung massiv kritisierte Staudammprojekt (vgl. z.B. WEED 2006) als Maßnahme zur angemessenen Nutzung und Erhaltung der Wasser- und Landressourcen sowie der Biodiversität der Region (Ünver/Gupta 2003: 232) und – wie könnte es anders sein – als „Motor für Nachhaltige Entwicklung“ (ebd.: 240).

Aber auch die Frauen und ihre „Entwicklung“ kommen nicht zu kurz, so versichern die Projektverantwortlichen. Denn die sogenannten ÇATOM, Mehrzweckzentren für die lokalen Gemeinschaften, stellen Räume bereit „for social change for gender-balanced development“ (ebd.: 250). Frauen können sich dort in Hygiene-, Kindererziehungs- und Ernährungsfragen fortbilden, Kurse in Existenzgründung belegen und lernen, wie sie sich für die Community nützlich machen können. Sozialer Wandel für eine geschlechtergerechte Entwicklung? Diese Frage hat Leila M. Harris (2006) in der Region empirisch untersucht. Ich komme später auf die Ergebnisse ihrer Untersuchung zurück. Vorab sei gesagt, dass die Ebene des globalen Ressourcenmanagements durch den Staat und seine Infrastrukturpolitik und die Ebene der lokalen Lebensverhältnisse in keiner Weise miteinander vermittelt sind. Die Staudammpolitik in Südostanatolien hat die Ungleichheit im Zugang zu Wasser und in der Nutzung von Wasser dramatisch verschärft, Verteilungskonflikte zwischen Landbesitzern und Landlosen zugespitzt und die sozialen und ökonomischen Hierarchien zwischen Männern und Frauen verstärkt.

2.1 Wasserpolitik und Governance

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Jahre 2005 bis 2015 zur Internationalen Aktionsdekade „Wasser – Quelle des Lebens“ erklärt und formuliert, gleich zu Beginn an prominenter Stelle der Deklaration, den Beschluss, „dass die Ziele der Dekade darin bestehen, wasserbezogene Fragen auf allen Ebenen sowie die Umsetzung wasserbezogener Programme und Projekte stärker ins Blickfeld zu rücken und gleichzeitig danach zu streben, die Teilhabe und Mitwirkung von Frauen an wasserbezogenen Entwicklungsanstrengungen zu gewährleisten“ (UN-Resolution A/RES/58/217, Hervorhebung von mir). Damit sollen u.a. die wasserbezogenen Ziele der Agenda 21 sowie der Millenniums-Erklärung¹ verwirklicht werden.

Es stellt keine neue Entwicklung dar, die besondere Rolle der Frauen beim schonenden Umgang mit der Ressource Wasser im politischen Diskurs hervorzuheben. Bereits 1992 wurden bei der Dubliner Umwelt- und Wasserkonferenz der Vereinten Nationen die vier Dubliner Prinzipien² beschlossen. Eines dieser Prinzipien lautet: „Frauen spielen eine zentrale Rolle bei der Wasserversorgung, dem Wassermanagement und dem Wasserschutz“ (zit. nach Bennett 2005: 1). Die Berücksichtigung dieses Prinzips auf lokaler Ebene jedoch, so kritisieren feministische Wissenschaftlerinnen wie Vivienne Bennett und Margreet Zwarteeven (2005), sei unzureichend oder unbefriedigend. Insbesondere die geschlechtsdifferenzierenden Erfahrungen und das geschlechtsspezifische Wissen über haushalts- und landwirtschaftsbezogenes Wassermanagement würden auf der konkreten Projektebene zu wenig berücksichtigt.

Aufgrund der geschlechtlichen Arbeits- und Zuständigkeitsverteilung setzten Frauen und Männer unterschiedliche Prioritäten beispielsweise bei der Frage des Zugangs zu Wasser, berichtet Bennett (2005) von einer Befragung im Rahmen eines landwirtschaftlichen Bewässerungsprojektes in Ecuador. Frauen erwarteten eine konstante zeitliche Verfügbarkeit des Wassers im Tagesverlauf und eine räumliche Verfügbarkeit durch kleinteilige Erschließung über zu den Häusern führende Kanäle. Intendierter Nebeneffekt zur Bewässerung der Felder war dabei, den Bedürfnissen der Nahrungsversorgung und Hygiene nachkommen zu können und lange Wege zu einem Trinkwasserbrunnen zu ver-

1 Zwei der Millenniums-Ziele sind in diesem Kontext zu nennen: Ziel 3 – Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, Ziel 7 – Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, u.a. Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ziel ist hier, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sicherer Wasser- und Sanitärversorgung bis 2015 zu halbieren. Selbst wenn diese Zielvorgabe erreicht würde, was derzeit kaum wahrscheinlich ist, dann wären 2015 immer noch 800 Mio. Menschen ohne ausreichenden Zugang zu Wasser und 1,8 Mrd. Menschen ohne Sanitärversorgung (UNDP 2006: 71).

2 Die „Dubliner Prinzipien“ beziehen sich auf 1. Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit, 2. Partizipation von Nutzern, Planern und Entscheidern, 3. die besondere Rolle der Frauen, 4. den ökonomischen Wert des Wassers und seine Bedeutung als ökonomisches Gut.

meiden. Männer hingegen optierten für ein Rotationsprinzip, bei dem sie nicht regelmäßig jeden Tag Zugang zu Wasser hatten, aber eine hohen Durchfluss, sobald sie an der Reihe waren, die Felder zu bewässern. Beide, Männer wie Frauen, hatten zwingende Gründe für ihre jeweiligen Prioritäten, und nur die Berücksichtigung beider Perspektiven führten zu einem effektiven Bewässerungssystem, so Bennett.

An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass die geläufige Trennung der Sphären zwischen reproduktiven und produktiven Tätigkeiten und der Zuweisung entlang der Geschlechterlinie der Alltagspraxis der Menschen nicht gerecht wird. Während die Männer sich in dem genannten Fall ausschließlich für die Bewässerung der Felder zuständig zeigten, verweisen die Nutzungsbedürfnisse der Frauen auf die beiden Sphären von landwirtschaftlicher Produktion und sozialer Reproduktion. Der politische Diskurs und die planerische Praxis verorten jedoch die Frauen ausschließlich im haushaltsbezogenen Bereich von Nahrungs- und Gesundheitsversorgung. Gegenderte Bedürfnisse im Hinblick auf Nutzung von und Zugang zu Wasser werden dabei als die besonderen Bedürfnisse von Frauen in der Sphäre des sogenannten Privaten und des Konsums und nicht auf der Ebene des ökonomisch Produktiven angesiedelt.

Diese Sichtweise entspricht keiner Realität, weder bezogen auf historische noch auf aktuelle Praxen. Ben Page (2005) verweist am Beispiel Kameruns darauf, dass die Frauen in der vorkolonialen Zeit keinesfalls lediglich Wassernutzerinnen und -konsumentinnen waren, sondern aktive Produzentinnen eines komplexen Systems aus Wasserinfrastruktur, Wasserinstitutionen und Wasserpolitiken (Page 2005). Unter der britischen Kolonialherrschaft wurde den Frauen dann eine ambivalente Rolle zugewiesen. Als Mütter und Versorgerinnen wurden sie einerseits als quasi passive Konsumentinnen von Wasser im Haushalt gesehen, andererseits diente diese Zuschreibung von Wasser zur Frauenangelegenheit als zentrale Argumentationsfigur für den Bau von Wasserver- und -entsorgungssystemen, um den Lebensstandard der häuslichen Gemeinschaft und dadurch der Gesellschaft insgesamt zu heben. In Planung und Bau der Infrastruktur wurden Frauen dann aber durchaus einbezogen. Page kommt zu dem Schluss:

„The close association between women, water and domesticity was firmly established in the minds of colonial officials. Water was seen largely as a woman's thing and women played a vital part, not only in the ideological justification for particular forms of investment, but also in the implementation process. In this respect water supplies during the colonial period were produced both for and by women“ (ebd.: 62).

Auch für die aktuelle Situation trifft die permanent wiederholte Trennung von produktiven Bedürfnissen, insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor, und Konsum im Haushalt für Versorgung und Hygiene und damit auch die Bestätigung der Machthierarchien im Geschlechterverhältnis de facto nicht zu. Die Migration der Männer in die Städte hat in vielen peripheren Gegenden dazu

geführt, dass Frauen die ökonomischen und sozialen Beziehungen in vielen agrarischen Räumen dominieren. In Lateinamerika haben schätzungsweise ein Viertel der ländlichen Haushalte weibliche Haushaltsvorstände (Zwaarteveen/Bennett 2005: 19), in Subsahara-Afrika sind es noch entschieden mehr, in Kenia zum Beispiel lagen in den achtziger Jahren die Zahlen zwischen 30 und 40 Prozent (Nelson 1992). Dabei handelt es sich häufig um kleine Subsistenzbetriebe, und die weiblichen Haushaltsvorstände sind dies eher aus Armut denn aus weiblicher Emanzipation. Je geringer die Betriebsgröße und der Grad der Einbindung in Vermarktungsprozesse, desto bedeutsamer der Frauenanteil in der Landwirtschaft (Zwaarteveen/Bennett 2005: 20).

Die Aufspaltung von Nutzung/Konsum und Verfügbarkeit/Produktion ist aber nicht nur aus weiblicher, sondern auch aus männlicher Sicht gegendert. Leila M. Harris (2006) beschreibt, wie die verbesserten Bewässerungsmöglichkeiten in Südostanatolien durch das bereits angesprochene GAP-Projekt, dessen politisches Ziel „Armutsbekämpfung und Entwicklung“ heißt, die ökonomischen Gräben zwischen Landbesitzern und Landlosen, zwischen ethnischen Gruppen und zwischen Männern und Frauen vertieft.

Die durch die Bewässerung möglich gewordene Transformation der Subsistenzlandwirtschaft zu weltmarktorientierter Produktion von Baumwolle hat dazu geführt, dass der ökonomische und soziale Status von Männern sich insgesamt erheblich erhöht hat, während die Arbeit der Frauen unsichtbar gemacht und zu reproduktiver bzw. einfacher Zuarbeit erklärt wurde. Ihre ökonomische Aktivität als Subsistenzproduzentinnen wurde aufgrund der größeren Verfügbarkeit von Geld durch Kauf ersetzt und ihr Beitrag zur Ökonomie des Haushalts durch als Zuarbeit deklarierte Aktivitäten in der Baumwollernte ökonomisch unsichtbar:

„With irrigation, and the predominance of cotton, many women no longer engage in the types of direct subsistence they might have previously. (...) [I]n the past, women used to process their own bulgur and flour, make yogurt, or make beds from sheep's wool. Now many of these items are purchased in the city, including flour to produce traditional village bread. So, for some, it may appear that women are in fact working much less to meet family needs. (...) With these sorts of changes women's direct contributions to the household are being replaced with less prestigious, indirect contributions to the household economy through participation in cash-crop production, such as cotton harvesting“ (Harris 2006: 200).

Gleichzeitig wird durch die Bewässerung männliche Aktivität zur eigentlich wichtigen Arbeit aufgewertet. Mit der Einführung der Baumwollproduktion sind eine ganze Reihe von neuen Tätigkeiten entstanden, die dann ausschließlich von Männern ausgeführt wurden: Männer sind diejenigen, die die Bewässerung organisieren, die die Traktoren fahren, die die Pestizide aufbringen, während Frauen (und Kinder) als unentgeltliche Hilfskräfte bei der Ernte der Baumwolle eingesetzt werden. So ist eine unüberwindbare Trennungslinie zwischen männlicher und weiblicher Arbeit entstanden, deren ökonomische Bedeutung darin liegt, dass die unbezahlte Arbeit der Frauen die Baumwollpreise

niedrig hält. Harris bewertet die unbezahlte, als Zuarbeit deklarierte Arbeit der Frauen als Schattensubvention für Baumwolle, von der sowohl Plantagen-eigentümer als auch der türkische Staat als Hauptabnehmer der Baumwolle profitieren (ebd.: 198).

Dass die Frauenarbeit zur Hilfsarbeit während der Ernte deklariert wird, hat somit ökonomisch höchst bedeutsame Konsequenzen. Aber warum die starke Betonung der äußerst wichtigen Rolle der Bewässerung und ihre eindeutige Identifikation als männlich? Tatsächlich *erleichtern* die technischen Voraussetzungen, die mit dem Bau des Staudammes und der Bewässerungsinfrastruktur einhergingen, die Bewässerung. Auch Zwaarteveen und Bennett (2005) beschreiben die Tätigkeit des Bewässerns für Lateinamerika als ausschließlich männliche Angelegenheit. Sie sprechen von Bewässerung als „männlicher Identität und Kultur“ (ebd.: 24). Bewässerung wird mit physischer Stärke und technischem Geschick gleichgesetzt, in manchen Ländern der Andenregion ebenso wie in bestimmten Regionen Indiens (vgl. Joshi/Fawcett 2005) werden Frauen aufgrund von kulturellen und sozialen Normen als unrein deklariert und vom Zugang zu Wasser ferngehalten.

Die Eindeutigkeit, mit der Bewässerung mit Männlichkeit assoziiert wird, hat nach Einschätzung der genannten Autorinnen seinen Grund in der Stabilisierung des Machtgefälles zwischen Männern und Frauen, denn dadurch werden Ausbildungsmaßnahmen und Managementfunktionen Männern vorbehalten und Frauen aus wichtigen politischen Entscheidungsgremien herausgehalten:

„In rural areas, irrigators' organizations are among the most visible and strong community organizations and provide an important channel for information and resources to and from the community. Leadership positions in water-user associations are often important political positions, offering opportunities for expanding political relations and social standing at regional and state levels“ (Zwaarteveen/Bennett 2005: 24).

Die Kontrolle über das Wasser geht einher mit der Einbindung in Beziehungs- und Informationsnetzwerke der Wasserorganisationen. Mit der Assoziation von Bewässerung mit Männlichkeit bleiben diese Beziehungs- und Informationsnetzwerke eine ausschließlich männliche Angelegenheit mit exklusivem Machtanspruch.

2.2 Zwischenfazit II

Ich fasse kurz zusammen, was mit diesen Beispielen erläutert werden soll. Zunächst ist da die globale Ebene des Ressourcenmanagements, das darauf basiert, dass effizientes Ressourcenmanagement auf die Partizipation der Menschen vor Ort angewiesen ist. Besonders abgehoben wird dabei auf die Integration der Frauen in Maßnahmen des Ressourcenschutzes unter Hinweis auf ihre zentrale Rolle für den schonenden Umgang mit der knappen Ressource Wasser.

Gleichzeitig werden Bewässerungsprojekte wie im hier genannten Beispiel des Südostanatolienprojekts in großem Maßstab geplant, um Prozesse von Armutsbekämpfung und sog. „Entwicklung“ voranzutreiben, die auf Weltmarktintegration der Landwirtschaft oder auf massive Energiegewinnung abzielen. Selbstverständlich werden diese Projekte als nachhaltig und bald wohl auch – man kann es kaum erwarten – als klimafreundlich bezeichnet. Im Zusammenspiel zwischen mächtigen ökonomischen Akteuren aus dem globalen Norden und vorwiegend staatlichen Akteuren des Südens erfolgen dabei tiefe Eingriffe in die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung. Der Subsistenzlandwirtschaft, die für Frauen eine existenzielle ökonomische und soziale Bedeutung hat, wird der Boden entzogen. Ihnen wird die Rolle der ökonomisch irrelevanten Konsumentinnen zugewiesen, aus ihren Tätigkeiten wird das Produktive heraus definiert und in der Sphäre des Reproduktiven, der „Zu“arbeit zur „eigentlichen“ Arbeit verortet. Anstelle ihrer aktiven Beteiligung an der Ressourcennutzung und am Ressourcenschutz in der agrarischen Subsistenz sollen sie im Dorfgemeinschaftshaus Kurse über soziale Nützlichkeit belegen.

Als „eigentliche“ Arbeit gilt männliche Arbeit. Bewässerung wird zur männlichen Arbeit, weil sie für Frauen unzugänglich gehalten wird: Physische Stärke und technische Kompetenz wird Männern zugeschrieben, selbst dann, wenn der tatsächlich damit verbundene Aufwand geringer als vor der Bewässerungsmaßnahme ist. Die Trennung zwischen produktiver Arbeit und reproduktiver Zuarbeit stabilisiert das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen im lokalen Wasserressourcenmanagement und konterkariert die global proklamierte „Teilhabe und Mitwirkung von Frauen an wasserbezogenen Entwicklungsanstrengungen“ (s.o.). Im Gegenteil: Dadurch werden Frauen effektiv aus Informations- und Machtnetzwerken ausgeschlossen.

3. Ansätze zu politischen Gestaltungsmöglichkeiten aus einer feministischen Gender-Perspektive

Diese Trennung und Hierarchisierung der Tätigkeiten und Zuständigkeitsbereiche berührt aber nicht nur die Ressource Wasser. Sie betrifft den Umgang mit der natürlichen Umwelt insgesamt. Das Problem der globalen Umwelt- und Klimapolitik ist jedoch, dass sie genau diese komplizierten lokalen Verhältnisse nicht sieht, obwohl internationale feministische NGOs diese Problematik seit langem thematisieren. Hier ist die Frage danach, wie Ressourcenschutz und Armutsbekämpfung miteinander verknüpft werden können, mit dem Leitbild von *Sustainable Livelihood* aufgegriffen worden. Das Konzept *Sustainability* hat dabei so gut wie nichts mit dem inzwischen völlig verwässerten Begriff der Nachhaltigkeit zu tun, wie ihn mächtige Interessengruppen von der Autoindustrie über die Versicherungsbranche bis zum Nachhaltigkeitsrat der deutschen Bundesregierung vertreten.

Das Leitbild von *Sustainable Livelihood* beinhaltet eine Abkehr vom dominanten westlichen Konzept der „Entwicklung“, ein Modell, das als Grundlage der globalen Umweltzerstörung abgelehnt wird (vgl. Braidotti u.a. 1994; Wichterich 2004). Erstmals formuliert wurde die Women's Action Agenda 21 in Vorbereitung auf den Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und aktualisiert für das 10-Jahres-Follow-Up in Johannesburg. Auch wenn die Bilanz hinsichtlich der Fortschritte einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik sowohl 2002 als auch heute ernüchternd ausfällt – immerhin darin stimmen internationale Frauen-Umweltbewegungen und Klimaforscher überein –, so sind doch die Forderungen nach wie vor hochgradig relevant (vgl. WEDO 2002).

Sie beziehen sich auf ein Leben in Frieden als Voraussetzung für nachhaltige Lebensweisen und verweisen auf die Verschwendung von menschlichen, natürlichen und ökonomischen Ressourcen für militärische Zwecke. Kritisiert wird das neoliberale ökonomische System mit seinen negativen Konsequenzen auf Produktions- und Konsummuster und seinem enormen Ressourcenverbrauch ebenso wie die Abwälzung der Kosten der Globalisierung auf die von Frauen gewährleistete soziale Reproduktion. Die zentralen Beiträge von Frauen zum Umgang mit und zum Schutz von natürlichen Ressourcen, ihr Wissen und ihre Kompetenzen würden entweder nicht akzeptiert oder lediglich vernutzt, ohne dass sich die Lebensbedingungen der Frauen verbesserten. Eine zentrale Rolle spielen dabei Eigentums- und Erbrechte für Frauen, die Voraussetzungen für den Zugang zu Land und damit auch zu Wasser sind. Außerdem wird mit dem Verweis auf mangelnde „environmental security“ darauf abgezielt, dass in vielen Regionen der Welt schon heute und nicht erst mit dem Überschreiten einer fiktiven 2° Celsius-Grenze Menschen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt sind, die direkt von schlechten Umweltbedingungen ausgehen, seien dies giftige Substanzen, verseuchtes Wasser oder Strahlung. Auf Frauen und Männer wirkten diese Belastungen unterschiedlich. Schließlich seien Formen einer Governance für Nachhaltige Entwicklung zu finden, die allen Menschen Partizipation auf allen Ebenen von politischen Entscheidungen ermöglichen soll. Die Konzentration globaler Macht in den Händen von Wenigen, überwiegend Männern in den industrialisierten Ländern müsse durch Gleichheit, Transparenz und Inklusion ersetzt werden.

Hier setzt mein Verständnis von Ressourcenpolitik an. Mit dem Konzept der Ressourcenpolitik fasse ich den Zugang zu Ressourcen, die Nutzung von Ressourcen und die politische Gestaltung des Umgangs mit Ressourcen. Dieses Konzept ist in meinem Verständnis weitaus umfassender als das gängige Ressourcenmanagement. Der Management-Begriff setzt zu kleinteilig an, es geht dabei nur noch um das Verarbeiten der Folgewirkungen von Entscheidungen, die längst anderweitig, von anderen Instanzen und Akteuren, getroffen wurden. Am Beispiel der Staudammprojekte wird dies überdeutlich: Die Einfüh-

zung der Bewässerungslandwirtschaft zur Produktion von Cash-Crops für den Weltmarkt ist aus einer Management-Perspektive kein Thema. Das Ressourcenmanagement setzt erst an, nachdem der Staudamm längst steht. In welcher Form und mit welchen Ziel sollen dabei Frauen „an wasserbezogenen Entwicklungsanstrengungen teilhaben und mitwirken“?

Entsprechend fragt Ressourcenpolitik viel grundsätzlicher nach den globalen und lokalen Machtverhältnissen, die den Umgang mit natürlichen Ressourcen bestimmen. Dabei kommt auch die Art und Weise in den Blick, wie die Umweltkrise überhaupt thematisiert wird. Wird die Problembeschreibung dominiert von einem von lokalen Verhältnissen abstrahierenden Blick oder werden Lösungen auf der Basis lokaler Problem- und Wissenskonstellationen zu finden versucht? Dazu gilt es, viele bereits getroffene Entscheidungen im globalen Maßstab im Kern in Frage zu stellen. Das gilt für das Verhältnis von Marktliberalisierung auf der einen Seite und Subventionierung von Produktionsweisen und Technologien auf der anderen, das gilt auch für die Entscheidungen pro und contra Kommodifizierung von Gemeingütern, das gilt für großtechnische Anlagen und Verfahren.

Sustainable Livelihood kann als Leitbild einer so verstandenen Ressourcenpolitik angesehen werden, weil es alle diese globalen Perspektiven beinhaltet und die darin eingeschriebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse thematisiert. Geschlechterverhältnisse lassen sich dann nicht mehr auf einen Status reduzieren, in dem Frauen als zur Passivität und zum Leiden verurteilte Opfer der Umweltkrise gelten, während Männer wichtige Forschungen betreiben und relevante Entscheidungen treffen. Gleichzeitig ist das Konzept radikal lokal, indem es auf die Sicherung der Lebensgrundlagen auf der Basis der ökonomischen, sozialen und natürlichen Bedingungen in konkreten und spezifischen Kontexten abzielt. Zwischen dieser Vision und der Debatte um den Klimawandel liegen weit mehr als die 384.000 Kilometer der Apollo-Mission.

Literatur

- AG Soziale Ökologie; BUKO (2008): Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist schon da. In: *Widerspruch* 54, 149-159.
- Altvater, Elmar (2008): Für ein neues Energieregime. Mit Emissionshandel gegen Treibhauseffekte? In: *Widerspruch* 54, 5-17.
- Bennett, Vivienne (2005): Introduction. In: *Bennett; Dávila-Poblete; Rico (2005)*, 1-9.
- Bennett, Vivienne; Dávila-Poblete, Sonia; Rico, María Nieves (Hg.) (2005): *Opposing Currents. The Politics of Water and Gender in Latin America*. University of Pittsburgh Press.
- Bennett, Vivienne; Zwartveen, Margreet (2005): The Connection between Gender and Water Management. In: *Bennett; Dávila-Poblete; Rico (2005)*, 13-29.
- Braidotti, Rosi; Charkiewicz, Ewa; Häusler, Sabine; Wieringa, Saskia (1994): *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*. London: Zed Books.
- Brü Bistuer, Josepa; Agüera Cabo, Mercè (2004): A Gendered Politics of the Environment. In: Staeheli, Lynn A.; Kofman, Eleonore; Peake, Linda J. (eds.), *Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography*. New York; London: Routledge, 209-225.

- Coles, Anne; Wallace, Tina (Hg.) (2005): *Gender, Water and Development*. Oxford; New York.
- Dietz, Kristina; Brunnengräber, Achim (2008): Das Klima in den Nord-Süd-Beziehungen. In: *Peripherie* 112, 28. Jg., 400-428.
- Harris, Leila M. (2006): Irrigation, gender, and social geographies of the changing waterscapes of southeastern Anatolia. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, vol. 24, 187-213.
- Höhne, Niklas (2008): Ansätze für eine internationale Klimapolitik nach 2012 – ein Vergleich. In: *Ott; HBS (Hg.) (2008)*, 31-46.
- Joshi, Deepa; Fawcett, Ben (2005): The Role of Water in an Unequal Social Order in India. In: *Coles; Wallace (2005)*, 39-56.
- Masika, Rachel (Hg.) (2002): *Gender, Development, and Climate Change*. Oxford.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella u.a. (Hg.) (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart.
- Meinshausen, Malte (2008): Eine kurze Anmerkung zu 2°C-Trajektorien. In: *Ott; HBS (2008)*, 19-30.
- Nelson, Nici (1992): The women who have left and those who stayed behind: rural-urban migration in central and western Kenya. In: *Chant, Sylvia (Hg.): Gender and Migration in Developing Countries*. London; New York, 109-138.
- Ott, Hermann E. und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2008): *Wege aus der Klimafalle. Neue Ziele, neue Allianzen, neue Technologien – was eine zukünftige Klimapolitik leisten muss*. München: oekom.
- Page, Ben (2005): Naked Power: Women and the Social Production of Water in Anglophone Cameroon. In: *Coles; Wallace (2005)*, 57-73.
- Santarius, Tilman (2008): Was ist Ressourcengerechtigkeit? In: *Widerspruch* 54, S. 127-137.
- Schultz, Irmgard (1996): Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen. Eine Betrachtung der Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ aus feministischer Sicht. In: *Wechselwirkung* 18, Nr. 78, 59-63.
- Supersberger, Nikolaus u.a. (2008): CO₂-Abscheidung und -Speicherung – eine Lösung für das Klimaproblem? In: *Ott; HBS (2008)*, 137-146.
- UNDP (2006): *Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise*. (Bericht über die menschliche Entwicklung 2006). Berlin (für die dt. Ausgabe).
- Ünver, I. H. Olcay; Gupta, Rajiv K. (2003): A new perspective on water. Development and poverty reduction in Southeastern Anatolia, Turkey. In: dies. und Kibaroglu, Aysegül (eds.), *Water Development and Poverty Reduction*. Boston u.a.: Kluwer Academic Publishers, 231-258.
- WEDO; Women's Environment and Development Organization (2002): *Women's Action Agenda for a Healthy and Peaceful Planet 2015. A decade of women's advocacy for sustainable development* [http://www.wedo.org/files/agenda2015_eng.pdf; Zugriff am 29.9.2008].
- WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) (2006): *Zum Scheitern verurteilt: Der Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei*. (Bearb. von Daniela Setton und Heike Drillisch). Berlin.
- Weltbank (2007): *Agriculture for Development. World Development Report 2008*. Washington D.C..
- Wichterich, Christa (2004): *Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung. Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung*. Wuppertal Papers 141 (Feb. 2004). Wuppertal.